ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktionen der CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE
- Drucksache 8/654 -

**Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten – Erinnerungs-
kultur stärken, falschen historischen Gleichsetzungen entgegentreten**

Der Landtag möge beschließen:

I. In Ziffer 2 werden folgende Änderungen vorgenommen:

1. Die Sätze 2 und 3 werden wie folgt gefasst:

„Die Versuche, unsere freiheitliche Demokratie mit Diktaturen und rechtsstaatliche Maßnahmen mit der Verfolgung von Menschen der NS-Zeit sowie der Zeit des Stasi-Terrors gleichzusetzen, zeugen von historischer Unkenntnis und verhöhnern die Opfer des Nationalsozialismus und des DDR-Regimes. Deshalb ist es wichtig, an die Verbrechen der beiden deutschen Diktaturen zu erinnern, der Opfer zu gedenken und die Menschen zu ehren, die Mut zeigten und sich Diktaturen widersetzen.“

2. Dem letzten Satz wird folgender Satz angefügt:

„Der Landtag spricht sich dafür aus, das Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland in Schwerin und das Stasi-Dokumentationszentrum in Rostock unverzüglich mit dem dafür erforderlichen weiteren wissenschaftlichen Personal auszustatten, um diese wichtige Arbeit strukturell und personell langfristig voranzutreiben.“

II. Nach Ziffer 2 wird folgende Ziffer 3 eingefügt:

„3. Der Landtag bedankt sich ausdrücklich für die Arbeit und das Engagement der Landeszentrale für politische Bildung sowie der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Ihrer Arbeit kommt für das Erreichen der vorgenannten Ziele besondere Bedeutung zu. Gerade bei der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur hat sich das Aufgabenspektrum in den letzten Jahren erheblich erweitert. Der Landtag bekräftigt deshalb, dass er auch zukünftig die Arbeit der Landeszentrale und die der Landesbeauftragten unterstützt und eine umfassende Aufgabenwahrnehmung im Sinne der Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der Geschichte gewährleistet. Der Landtag stellt darüber hinaus fest, dass die personelle und sachliche Ausstattung der Landesbeauftragten unverzüglich in einem angemessenen Umfang sicherzustellen ist, um sowohl die Aufklärung als auch die Auseinandersetzung und die Erinnerung an die Opfer auf gleichbleibendem, hervorragendem Niveau weiterführen zu können. Dabei ist neben den Beratungs- und Aufklärungsleistungen insbesondere die außenwirksame Arbeit der Landesbeauftragten mit Veröffentlichungen, Publikationen und Veranstaltungen zu stärken.“

Die bisherigen Ziffern 3 und 4 werden Ziffern 4 und 5.

III. Der bisherigen Ziffer 4 wird folgender Satz angefügt:

„Dem zuständigen Ausschuss ist bis zum 31. August 2022 Bericht zu erstatten.“

Franz-Robert Liskow und Fraktion

René Domke und Fraktion

Dr. Harald Terpe und Fraktion

Begründung:

Die Behörde der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung SED-Diktatur ist eine der wichtigsten Institutionen, wenn es um die Aufarbeitung der Geschichte unseres Bundeslandes geht. Ihre Arbeit veröffentlicht sie regelmäßig in Publikationen, Ausstellungen und Büchern. Diese wichtige Arbeit muss personell und sachlich angemessen ausgestattet werden, um die steigende Komplexität der Aufgaben angemessen bewältigen zu können. Auch das Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland in Schwerin und das Stasi-Dokumentationszentrum in Rostock beschäftigen sich mit dem politischen Unrecht und der staatlichen Verfolgung im 20. Jahrhundert. Auch hier schafft eine hochwertige personelle Ausstattung die Basis für die weitere eindrucksvolle Aufarbeitung.